

29. Juli 2017

Eine geopolitische Scheinexistenz. Das deutsche Nachbarland Polen



von Dr. Wolfgang Klages

„Polen ist ein Siedlungsgebiet, aber kein Staat“, urteilte Otto v. Bismarck in einem seiner Briefe aus den 1850er Jahren. Wer heute unverfroren Gleiches behauptet, rührt an einer Grundfeste und einem Glaubenssatz der europäischen Staatenwelt nach zwei Weltkriegen. Eine staatliche Existenz in bestehenden Grenzen – zumal die des größten östlichen Nachbarn Deutschlands – in Zweifel zu ziehen, ist heute ein Anathema in einem Europa, das angeblich keine Grenzen mehr kennt. **Kein europäischer Staat wacht argwöhnischer über seinen territorialen Besitzstand als Polen.** Wer will es ihm nach vier Teilungen vom 18. bis ins 20. Jahrhundert und dem damit einhergehenden Verlust staatlicher Selbständigkeit über eine Zeitspanne von knapp 200 Jahren verdenken?

Umgekehrt ist das wiedervereinte Deutschland seit 1990 trotz erheblicher Annexionen deutschen Staatsgebiets zugunsten Polens sowohl nach 1918 wie 1945 auf nichts beflissener bedacht, als eben diese

Gebietsabtretungen, Grenzverschiebungen und Vertreibungen der ansässigen Deutschen als in Stein gemeißelt anzuerkennen. **Ungeachtet dessen wirft dieser Zustand im 21. Jahrhundert Fragen seiner geopolitischen Tragfähigkeit und Sinnhaftigkeit** auf. Der Weisheit letzter Schluss ist die gegenwärtige Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen auch bar jedes revisionistischen Gedankens nicht.

Denn erstens beruht sie auf zwei verhängnisvollen Abkommen. Zweitens spiegelt sie eine staatliche Souveränität Polens vor, zu der das Land wirtschaftlich, militärisch und politisch im Grunde nicht fähig ist. Und drittens dürfte die polnische Eigenstaatlichkeit à la longue unweigerlich von einer deutsch-russischen Hegemonie in Osteuropa unterspült werden.

Polen nennt heute ein Territorium sein eigen, das zu einem Drittel aus ehemaligem deutschen Staatsgebiet besteht. Infolge der – gänzlichen oder weitgehenden – polnischen Einverleibung der ehemals preußischen Provinzen Westpreußen, Posen, Pommern, Schlesien und Ostpreußen aus dem Gebietsstand des Deutschen Reiches von 1918 und 1945 **besitzt Polen eine fast so große Staatsfläche wie die Bundesrepublik Deutschland** einschließlich der ehemaligen DDR. Allerdings leben jenseits der Oder bis zum Bug nicht einmal halb so viele Menschen wie diesseits der Oder bis zum Rhein.

Dass zwei Weltkriege die Proportionen zwischen Bevölkerung und Staatsgebiet, Wirtschaftsfläche und Wirtschaftsleistung für Deutschland gehörig verdreht haben, sticht besonders, aber nicht allein im Vergleich mit Polen ins Auge. Obwohl Deutschland mit bald 83 Millionen Einwohnern und weitem Abstand vor Frankreich (67 Millionen) und Großbritannien (66 Millionen) die höchste Bevölkerungszahl in Europa aufweist, rangiert es flächenmäßig hinter

Frankreich, der Ukraine, Spanien und Schweden nur auf Rang 5.

Anfang des 21. Jahrhunderts leben fast ein Viertel mehr Deutsche auf einem Drittel weniger Staatsgebiet als zu Beginn des 20. Jahrhunderts. An die gesamtwirtschaftliche Leistung (BIP) der arbeitsamen Deutschen reicht das zweitplatzierte Großbritannien nur zu 75 Prozent, Frankreich lediglich zu rund 70 Prozent heran. Die polnischen Nachbarn bringen nicht einmal ein Siebtel des deutschen Sozialprodukts auf die Waage.

Polens wirtschaftlich immer durchlässigere und insofern auch fragwürdigere Grenzen bauen sich politisch indessen wie ein Bollwerk vor der größten Volkswirtschaft des Kontinents auf, die wie keine andere dafür bestimmt ist, Europa vom Atlantik bis zum Ural mit breiten Waren- und Kapitalströmen zu durchbluten. **Umso mehr fällt ein rigider polnischer Gebiets- und Hoheitsanspruch aus der Wirklichkeit.** Denn er hemmt mit seinen Phobien gegen umgebende Mächte, seiner leidensgeschichtlichen Selbstüberhöhung und dem Widerwillen gegen das naturgesetzliche Schwergewicht Deutschlands diese unaufhaltsame Entwicklung. **Bis dahin, den wohlwollenden Deutschen ein ernstes außen- und sicherheitspolitisches Risiko einzutragen.**

Niemand außerhalb Polens wird behaupten, dass dessen Grenzziehung nach dem Versailler Vertrag von 1919 klug und weise war. **Der polnische Korridor war ein törichter Einfall von US-Präsident Wilson in seinem 14-Punkte-Programm.** Dazu gedacht, dem neu geschaffenen polnischen Staat („Zweite Republik“) einen Zugang zur Ostsee zu eröffnen, schnitt der mehrheitlich von Deutschen besiedelte Landstreifen im Besitz Polens Ostpreußen vom deutschen Reichsgebiet ab. Ein **Konfliktverstärker auf dem Weg in den Zweiten Weltkrieg.** Denn der Korridor war eine Steilvorlage, den Versailler

Vertrag als schwere außenpolitische Demütigung Deutschlands in der Weimarer Republik zu empfinden. Und zweitens bedeutete er eine **anhaltende Gefahr für Ostpreußen abgeschnürt und für das Reich, erpresst zu werden.** Dass der Nationalsozialismus gerade dort große Wählerbataillone gewinnen sollte, war vorprogrammiert. Polen tat sein Möglichstes, jede Anerkennung des polnischen Korridors auch unter ansonsten ausgleichsbemühten Weimarer Außenpolitikern zu diskreditieren. Schikanen, Transitgebühren und verplombte Züge für durchreisende Deutsche ließen keine Entspannung zu. Die **polnische Ablehnung jeder Form einer Landbrücke zwischen dem Reich und Ostpreußen** – zuletzt des Hitler-Ribbentrop-Vorschlags, eine exterritoriale Autobahn im Tausch für Grenzgarantien bauen zu dürfen – gehört zur Vorgeschichte des deutschen Überfalls von 1939.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde auf dem Reißbrett für die polnische Landnahme deutscher Gebiete noch rabiater und vor Ort noch gewaltsamer als 25 Jahre zuvor verfahren.

Totalitär durch Stalin, nachgiebig seitens des US-Präsidenten Truman und des britischen Premiers Attlee. Deutschland verlor infolge des Potsdamer Abkommens von 1945 nun ein Viertel seines Staatsgebietes von 1937. **Die östlichen Abtretungen wurden zu fast 90 Prozent Polen zugeschlagen.** Den nördlichen Teil Ostpreußens mit Königsberg kassierte die Sowjetunion als Kriegsbeute ein. Die polnische Westgrenze aus der Zwischenkriegszeit wurde – ausgehend von der nördlichen Weichsel unterhalb Danzigs – um rund 300 Kilometer nach Westen verschoben. Bis zur Oder-Neiße-Linie und darüber hinaus.

Hinterpommern, Ostbrandenburg, Schlesien und über 60 Prozent der Fläche Ostpreußens fielen in polnische Hände.

Vorgeblich, um Polen für die Rückgliederung litauischer, weißrussischer und ukrainischer Gebiete zu entschädigen, die

es 1920/21 erobert hatte. In Wahrheit zu dem Zweck, Deutschland nach jahrhundertelanger Ostkolonisation aus Mitteleuropa auszusperrern und seinem Gebietskörper den östlichen Flügel zu nehmen. Stalin versprach sich davon eine größere Pufferzone unter sowjetischer Kontrolle. **Polen griff allerdings auch dankbar zu, die land- und industriewirtschaftlich hervorragend erschlossenen deutschen Gebiete in Besitz zu nehmen.** Unter Austreibung rund 8 Millionen deutscher Staatsangehöriger, die zu knapp einem Viertel durch gleichfalls vertriebene Polen aus Gefilden östlich der Curzon-Linie ersetzt wurden.

Die polnische Landgier im Einvernehmen mit der Sowjetunion ist an der Ostseeküste weiter leicht auszumachen. Wer als Usedomurlauber von Ahlbeck nach Swinemünde radelt, wundert sich nach 2 Kilometern Wegstrecke über eine kaum mehr sichtbare, aber doch vorhandene Grenze zu Polen, welche die Insel widernatürlich in einen größeren deutschen und kleineren polnischen Teil zerschneidet. Weiter südlich, **am Stettiner Haff, ist das Ergebnis polnischer Okkupationspolitik noch augenfälliger.** Das Gebietsdreieck um Stettin, das untrüglich westlich der Oder liegt, eignete sich Polen unter Missachtung der alliierten Grenzabsprachen nach 1945 kurzerhand an.

Ein **eindeutiger Fall von Annexionspolitik, den das vereinte Deutschland im deutsch-polnischen Grenzvertrag von 1990 dennoch stillschweigend anerkannte.** Dass Warschauer Scharfmacher nachweislich geraubtes Land ihres Staates in aktuellen Empörungen über den Anschluss der Krim an das russische Mutterland wohlweislich ausblenden, versteht sich.

Insofern, das darf man sagen, leben die Polen heute in willkürlich gezogenen, letztlich ahistorischen Grenzen, die auf einem Strafgericht

gegen Deutschland, polnischer Beschlagnahme und einem zweischneidigen Sicherheitskalkül der Sowjetunion beruhen.

„Tempi passati“ wären diese Grenzen in der Gegenwart trotz allem unter zwei Voraussetzungen nebensächlich und vernachlässigenswert. Erstens wenn Polen sich mit in allen Belangen offenen Grenzen als das verstände, was es tatsächlich ist. Nämlich ein territorial überdehntes **Land, das auf sich allein gestellt nicht existieren kann und dafür auf seinen deutschen Nachbarn am stärksten angewiesen ist.** Zweitens mit der Einsicht polnischer Regierungen, einen **Souveränitätsdünkel auf fremde Rechnung** und ein Konfrontationsgebaren in der Sicherheitspolitik **ablegen zu müssen.**

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts ist Polen die wenigste Zeit selbständig gewesen. Bis 1918 gab es keinen polnischen Staat. Danach hielt sich für zwanzig Jahre eine polnische Republik, bevor sie deutscher und russischer Aggression zum Opfer fiel. Die sogenannte Volksrepublik Polen war von 1945 bis 1989 ihrer eigentlichen Selbständigkeit beraubt und in letzter Konsequenz ein sowjetkommunistischer Satellitenstaat. Mit dem osteuropäischen Aufbruch von **1989/90 trat in Polen eine Dritte Republik ins Leben.** Der Form nach besitzt sie volle staatliche Souveränität in allseits anerkannten Grenzen, gehört seit 1999 der NATO, seit 2004 der EU an, ist eine parlamentarische Demokratie mit gewaltenteilender Verfassung und Marktwirtschaft. Aber der facto?

Unter allen 27 Mitgliedstaaten der EU ist Polen der auffallend größte Empfänger von Fördergeldern aus dem Gemeinschaftsetat. Über die laufende EU-Haushaltsperiode von 2014 bis 2020 fließen 82,5 Mrd. EUR in den polnischen Staatssäckel. Pro Jahr also fast 12 Mrd. EUR. Damit konnten in 2016 fast ein Siebtel der Staatsausgaben und ein Sechstel der Staatseinnahmen Polens abgedeckt

werden. Dennoch nahm der polnische Staat gleichzeitig neue Schulden in noch größerer Höhe (12,4 Mrd. EUR bzw. knapp 3 Prozent des BIP auf. **Rechnet man EU-Gelder und Nettokreditaufnahme zusammen, kann Polen mehr als ein Drittel seiner Staatseinnahmen nicht aus eigener Kraft aufbringen.** Für eine selbsttragende Existenz spricht das nicht gerade.

Unverkennbar, aber **ohne ehrliches Eingeständnis ist Polen auf Deutschland wie auf keinen zweiten als Transferzahler, Lieferant, Abnehmer und Investor angewiesen.** Von den bald 15 Mrd. EUR, die Berlin bis 2020 netto jährlich nach Brüssel überweist, könnte es mindestens zwei Drittel auch direkt an Warschau auszahlen. Unter den größten Handelspartnern Deutschlands rangierte Polen in 2016 mit einem Außenhandelsumsatz von rund 100 Mrd. EUR auf Platz sieben. Umgekehrt **ist Deutschland das ausnahmslos wichtigste Ziel- und Herkunftsland der polnischen Aus- und Einfuhren.** Mehr als ein Viertel aller polnischen Exporte im Gesamtwert von 184 Mr. EUR gingen in 2016 über die Oder. 23 Prozent seiner Importe im selben Jahr (179 Mr. EUR) bezog es aus Deutschland.

Und deutsche Unternehmen – nicht zuletzt die Autohersteller VW, seine Tochter Skoda und Daimler – investieren führend in Polen. **Fast ein Fünftel der ausländischen Direktinvestitionen seit 1993 ist deutschen Ursprungs.** Zusammen mit anderen Unternehmen aus dem europäischen Ausland sind es maßgeblich deutsche Produzenten, die das Rückgrat der polnischen Exportwirtschaft bilden. Angelockt von durchschnittlichen Stundenlöhnen zwischen 11,30 EUR und 7,50 EUR, womit das Niveau in Deutschland um das drei- bis vierfache unterschritten wird, haben sie Polen als bedeutenden Standort in ihre Wertschöpfungsketten integriert. **Der Anteil einheimischer Firmen am polnischen Export ist dagegen verschwindend gering.**

Dass es um die polnische Wirtschaft gleichwohl nicht zum Besten bestellt ist, dokumentiert untrüglich die **nicht abreißende Abwanderung der einheimischen Bevölkerung. Hauptzielland der Zuwanderer aus Polen ist seit den 1990er Jahren Deutschland.** Allein im Jahr 2015 zogen fast 200 000 polnische Staatsangehörige zu. Nach der Flüchtlingswelle aus Syrien (327 000) und dem Sozialtourismus aus Rumänien (213 000) war Polen noch immer das drittstärkste Herkunftsland der Zuwanderung hierzulande, nachdem es in den Vorjahren sogar unangefochten an der Spitze gelegen hatte. Abzüglich der Fortzüge hat sich in den vergangenen fünf Jahren ein jährlicher Wanderungsüberschuss zwischen 50 000 und 60 000 Personen polnischer Herkunft mit Aufenthalt in Deutschland eingependelt. **Folgerichtig stellen eine $\frac{3}{4}$ Million polnische Staatsangehörige hinter den Menschen türkischer Nationalität (1,5 Millionen) die zweitgrößte ausländische Personengruppe in Deutschland.**

Offensichtlich finden nicht wenige Polen im erwerbsfähigen Alter in ihrem Heimatland keine wirtschaftlichen Lebensbedingungen vor, die sie zum Bleiben bewegen. Angesichts eines Aderlasses von unter einem Prozent der polnischen Gesamtbevölkerung blutet das Land deshalb nicht aus. **Doch wäre es nicht eine Überlegung wert, aus dem übergroßen Gebietsstand Polens grenznahe Gewerbegebiete unter deutscher Verwaltung zu bilden, Firmen anzusiedeln und polnische Arbeitskräfte vor Ort anstatt in deutschen Ballungsgebieten zu beschäftigen?** Solche Denkanstöße gehören künftig jedenfalls eher auf die Agenda deutsch-polnischer Regierungskonsultationen als die Forderung der polnischen Ministerpräsidentin Szydlo, Deutschland solle die Muttersprache ihrer ausgewanderten Landsleute stärker fördern.

Anspruch und Wirklichkeit des polnischen Staatswesens klaffen auch in der Sicherheitspolitik weit auseinander. Zwar bildet sich die amtierende polnische Regierung derzeit mächtig etwas darauf ein, als eines von lediglich sechs der 29 NATO-Mitglieder die Vorgabe zu erfüllen, mindestens zwei Prozent des BIP für Verteidigungszwecke auszugeben. Auch geriert sich Warschau in der Allianz als entschiedenster osteuropäischer Hardliner, der mit Manövern, Aufrüstung und aufreizender Militärpräsenz vor der russischen Exklave Kaliningrad Front gegen Moskau macht. Beides kann sich Polen im Grunde nicht leisten.

Vielmehr ist das polnische Mitglied für die NATO ein Kostgänger und Gefahrenherd. Knapp ein Zehntel seines Staatshaushaltes machte Polen in 2016 für sein Militär locker. Mit 12,7 Mrd. US-Dollar brachte es freilich kaum 30 Prozent des Verteidigungshaushalts Deutschlands auf, das an seinen Landesgrenzen nicht die geringste Gefahr eines feindlichen Einfalls zu gewärtigen hat. Kein Wunder, dass Polen mit so einem schwachen Brustpanzer uneingeschränkte Bündnisgarantien verlangt, **um sich als Trittbrettfahrer an der „fire-power“ der NATO für sein eigenes Spiel mit dem Feuer im Nordosten schadlos zu halten.**

1000 veraltete Panzer dürften weder ausreichen, präventiv gegen russischen Streitkräfte im nördlichen Ostpreußen vorzustößen noch russische Militärschläge gegen eine unzumutbare Bedrohungskulisse der NATO an ihrer Ostflanke abzuwehren. Weit eher droht Polen mit verbalen Ausfällen, historischen Wahnvorstellungen und gezielten sicherheitspolitischen Provokationen an der Eskalationsspirale zu drehen. **Als Hasardeur, aber gestützt auf die Rückversicherung, die übrigen NATO-Staaten – allen voran Deutschland – mit der Beistandspflicht gemäß Art. 5 in Geiselhaft nehmen zu können.**

Davor sei Berlin eindringlich gewarnt. Jede Bundesregierung täte gut daran, **Polen unmissverständlich an die geschichtliche Lehre zu erinnern, dass sein friedliches Dasein von der Pflege guter Nachbarschaft sowohl mit Deutschland wie mit Russland abhängt.** Jenen Kolossen, die Polen im 21. Jahrhundert wie eingangs des 20. Jahrhunderts einrahmen werden. Osteuropäischen Formationen unter polnischer Federführung wie der „Drei-Meere-Initiative“ von Präsident Duda, die sich unter dem Dach der NATO und der EU gegen diese Gesetzmäßigkeit richten, sollte erst gar kein konflikttreibender Spielraum gegeben werden. Der polnische Bock würde zum Gärtner gemacht. Die Kosten seines Flurschadens abgewälzt.

Schließlich sind **ernste Zweifel über politische Stabilität und Bestand des demokratischen Systems Polens angebracht.** Das flagrante Ansinnen der nationalkonservativen Exekutive, das polnische Justizwesen gleichzuschalten, spricht Bände. Die **seit 2015 mit absoluter Mehrheit regierende PiS-Partei**, die das Amt des Premierministers und des Staatspräsidenten mit Parteigängern besetzt hält, wird von ihrem **autokratischen Vorsitzenden Jaroslaw Kaczynski** ferngesteuert. Er hat sich nach einem ersten gescheiterten Anlauf als Regierungschef zwischen 2005 und 2007 jetzt als Schattenherrscher nicht weniger vorgenommen.

Polen soll in einen Einparteienstaat nationalistischer und ultrakatholischer Couleur verwandelt werden. Mit verbrämten Anklängen an polnische Großmachtmythen und steinernen Ressentiments gegen Deutschland und Russland impft Kaczynski Polen eine **außenpolitische Egozentrik** ein. Innenpolitische Gegner sieht er als Landesverräter an. Die Vorgängerregierung unter dem heutigen EU-Ratspräsidenten Tusk überzieht der kleine Mann zudem mit dem haltlosen Vorwurf, an dem Unfalltod seines Zwillingsbruders und

damaligen Staatspräsidenten Lech Kaczynski in der Flugzeugkatastrophe von Smolensk im April 2010 schuldig zu sein. Dieses „Staatsverbrechen“ gelte es ebenso zu sühnen wie einen vermeintlichen Absturzauftrag des Kreml an die Fluglosen und Vertuschungen russischer Behörden am Unfallort. **Innen- und außenpolitisch werden damit tiefe Gräben aufgerissen.** Oppositionelle im Sejm, die sich anders als mit einer Parlamentsbesetzung nicht gegen das Durchpeitschen von Gesetzen zu wehren wussten, wurden von PiS-Politikern mit Verhaftung und dem Einsatz von Gewalt bedroht. **Für regimekritische Demonstrationen ist die Versammlungsfreiheit beschränkt worden.**

NATO und EU lassen sich von einer polnischen Regierung mit ihren Alleinherrschaftsplänen auf der Nase herumtanzen. **Dabei sollte die Doppelmitgliedschaft Polens in der europäischen und atlantischen Staatengemeinschaft doch gerade seine junge Demokratie festigen.** Stattdessen wendet sich Warschau von demokratischen Standards ab und Eigenschaften eines autoritären Regimes zu. Nicht genug: Ausgerechnet den unentbehrlichsten polnischen Handelspartner, der zweistellige Milliardenbeträge regelmäßig in das Land spült und die rechtmäßigen Eigentumsansprüche Millionen deutscher Vertriebener stets abgewiesen hat, geht der allmächtige Strippenzieher der Regierungspartei noch mit Reparationsforderungen an. Die Hand, die segnet, wird abermals als erste gebissen.

Moskau dürfte Stalins Weltkriegsrache, Polen als Faustpfand gegen ein wiedererstarkendes Deutschland in die Hand zu bekommen, spätestens seit der NATO-Osterweiterung bitter bereut haben. Deutschland verpflichtete sich im Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 immerhin, keine ausländischen Truppen in den fünf neuen Bundesländern zu stationieren. **Polen dagegen buhlt um**

permanente Präsenz von NATO-Kampftruppen auf seinem Territorium, hat massiv auf die Einrichtung der Raketenabwehr gedrängt und wünscht darüber hinaus die Stationierung von nuklearbestückten Mittelstreckenraketen. **Ironie der Geschichte:** Auf einem Flugplatz in Hinterpommern, das Polen auf Betreiben der Sowjetunion Deutschland 1945 komplett entwand, stationieren die USA ab 2018 landgestützte Abfangraketen des Typs SM-3 mit einer Reichweite von 500 Kilometern. **Redzikowo, das frühere Reitz im Regierungsbezirk Köslin**, wird damit neben dem rumänischen Deveselu **Stützpunkt eines US-amerikanischen Raketenabweherschiffs, das für Russland das strategische Gleichgewicht unmittelbar vor seinen Grenzen aushebelt.**

Die russische Antwort, gleichfalls Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von mindestens 400 Kilometern vom Typ Iskander im Kaliningrader Gebiet aufzustellen, ließ nicht auf sich warten. Beides zusammen kann für Europa in **eine neue Phase unbegrenzter Hochrüstung mit nuklear bestückten Flugköpern kürzerer und mittlerer Reichweite münden.** Ein Szenario, das allein in Polen ungeteilten Beifall findet, unter den westeuropäischen NATO-Staaten seit dem INF-Vertrag von 1987 jedoch als überwunden galt. Nach dem reumütigen Russland werden nun auch die Allianz und insbesondere Deutschland **für die Kurzsichtigkeit bestraft, Polen die Rolle eines unberechenbaren, ausbeuterischen Brandbeschleunigers in der Sicherheitspolitik zu erlauben.**

Kann man einem Land, das im Innern in feindliche Lager ohne freiheitlich-demokratischen Konsens zerfällt, den Rechtsstaat abschafft und sich außenpolitisch isoliert, mit militärischer Beistandspflicht der NATO und üppigster Alimentierung der EU zur Seite stehen?
Eigentlich müssten sich die Polen umgebenen und

protegierten Mächte ganz andere Gedanken machen. Wer nimmt sich Polen an, wenn es wieder einmal – wie so oft in seiner Geschichte – durch Unregierbarkeit und Misswirtschaft an sich selbst scheitert? Die USA, die nicht allein wegen eines eigensüchtigen Präsidenten im Begriff stehen, sich von Europa abzuwenden? Kaum. **Wer sonst wird und muss dann auf den Plan treten als Deutschland und Russland, denen im 21. Jahrhundert die Aufgabe zufällt, das zwischen ihnen liegende Mittel- und Osteuropa zu stabilisieren.** Dieses Mal im Miteinander und nicht im Gegeneinander wie im Umfeld zweier ebenso verheerender wie unnötiger Kriege des 20. Jahrhunderts.

Deutschland und Russland sollten sich nach den bisherigen Erfahrungen gleichermaßen hüten, Polen für sich und gegen den anderen einzuspannen oder – mindestens so schlimm – von Polen wechselseitig gegeneinander benutzt zu werden. **Polen ist keine deutsch-russische Unstimmigkeit, erst recht keine Konfliktlinie der beiden Großmächte wert,** sondern gehört von diesen eingefasst.

Es ist doch jetzt schon so: **Außenwirtschaftlich und finanziell läge Polen ohne den Handelspartner Deutschland am Boden. Energiewirtschaftlich könnte es sich nur zu unvertretbar hohen Kosten von Russland lösen.** Polen deckt mehr als die Hälfte seines Gasbedarfs aus russischen Lieferungen. Öl bezieht es zu 90 Prozent aus Russland. So sehr sich polnische Politiker aus hochfahrendem Stolz an dieser Energiebrücke auch stören, nicht einmal mittelfristig – wenn überhaupt – ist sie durch Flüssiggasimporte aus den USA zu ersetzen. Und **für einen rücksichtslosen sicherheitspolitischen Crashkurs Warschaus gegen Russland sind weder Deutschland noch die NATO insgesamt zu haben.**

Folglich muss Polen mit niedrigem, keinesfalls neurotischem Profil manövrieren, um **seine alles andere als gottgegebene, viel eher geliehene Existenz** schlichtweg aufrechtzuerhalten. Nur so wird es sich auf Dauer das Wohlwollen der Mächte erhalten können, die es gleichermaßen schützen wie zertrümmern können. „Noch ist Polen nicht verloren“, heißt es in der ersten Textzeile der polnischen Nationalhymne. **Verloren wird Polen unausweichlich sein, wenn es sich wieder einmal zwischen alle Stühle setzt und Deutschland wie Russland überheblich vor den Kopf stößt.**

© Wolfgang Klages 2017. Verwendung nur mit Genehmigung des Verfassers.